



Newsletter von Dr. Peter Liese für Südwestfalen und das Hochstift

27. Mai 2024

Breites Bündnis ruft zur Teilnahme an der Europawahl und gegen Extremismus auf

Die Extremisten wollen Europa zerstören - Wir wollen Europa verteidigen, verbessern und stärken

Ein breites Bündnis mit den Vertretern von SPD, Grünen und FDP, sowie mit vielen gesellschaftlichen Gruppen wie Gewerkschaften, Arbeitgebern, Sauerländer Schützenbund, Sportverbänden und kirchlichen Organisationen in Südwestfalen ruft die Menschen zur Teilnahme an der Europawahl und zum Kampf gegen antieuropäische Extremisten auf. Wörtlich heißt es in dem Aufruf: „Die demokratischen Parteien haben unterschiedliche Vorstellungen darüber, wie sich die Europäische Union in Zukunft entwickeln soll. Die Bürgerinnen und Bürger haben im Juni die Wahl auch darüber, in welche Richtung sich Europa



In dieser Ausgabe

- Die Werte unseres Grundgesetzes verteidigen
- Asylkompromiss - Stärkere Kontrollen an den Außengrenzen
- Den Rechten zu rechts - Statement zu Maximilian Kraß
- Weniger Bürokratie für Landwirte
- Pragmatischer Kompromiss bei EU-Verpackungsverordnung
- Heimische Waldbesitzer und Kaffeeröster klagen über Bürokratie
- Absenken des Schutzstatus von Wölfen
- EU-Tierschutzgesetz
- Wichtigstes Gesundheitsgesetz seit Jahren
- Bürokratie für heimische Unternehmen abbauen

und vieles mehr

weiterentwickeln soll und welche demokratische Partei ihre Vorstellungen besonders stark umsetzen kann“.

„Ich kämpfe bei der Europawahl auch gegen die Politik der Ampel in Berlin und gegen manche Entscheidungen in Brüssel, die von Sozialdemokraten, Grünen und Liberalen unterstützt wurden, wie zum Beispiel das Verbot des Verbrennungsmotors. Trotzdem sind wir uns einig, dass Europa gut für Südwestfalen ist und unsere Heimatregion wie keine Zweite von offenen Grenzen für unsere Wirtschaft und einem Europa, das seit über 75 Jahren für Frieden und Sicherheit steht, profitiert. Eine Zerstörung



der Europäischen Union, wie sie zum Beispiel Herr Höcke von der AfD fordert, wäre eine Katastrophe, gerade für die Menschen in unserer Heimatregion. Für mich war es extrem wichtig, dass nicht nur Vertreter von vier Parteien diesen Aufruf unterzeichnen. Durch das breite Bündnis machen wir deutlich, dass der Protest gegen Extremisten und Antieuropäer weit darüber hinausgeht“, bekräftigte Peter Liese.

[Wahlaufruf „Für ein starkes und demokratisches Europa“](#)

Für unsere Demokratie, gegen Rechtsextremismus, für Europa **Wichtiger Austausch bei der CDU Arnsberg**

„Kürzlich hatte ich die Gelegenheit, am Event der CDU Arnsberg teilzunehmen: „Für unsere Demokratie, gegen Rechtsextremismus, für Europa“ war das Thema der Veranstaltung. Es war inspirierend, Berichte von Vertretern aus Demokratieverbänden und der Wirtschaft zu hören. Ein wichtiger Schritt für unsere gemeinsame Zukunft“, resümierte Peter Liese.

Hier können Sie Peter Liese in Südwestfalen treffen:
<https://www.peter-liese.de/26-europawahl/4180-hier-koennen-sie-peter-liese-in-suedwestfalen-treffen>

[\(Zurück zum Inhalt\)](#)

Die Werte unseres Grundgesetzes verteidigen

Unsere Verfassung verpflichtet Deutschland auch auf das vereinte Europa

„Wir müssen die Werte unseres Grundgesetzes gemeinsam verteidigen“, dies erklärte Peter Liese, anlässlich des 75. Bestehens unserer Verfassung am 23. Mai. „Die Feinde unserer Demokratie müssen wir gemeinsam bekämpfen. Dazu reicht es nicht aus, wenn Menschen sich in Parteien engagieren. Alle gesellschaftlichen Gruppen und jeder einzelne Bürger ist dazu aufgefordert“, so Liese. Er hob vor, dass sich insbesondere seit Beginn des Jahres viele Menschen an Demonstrationen beteiligt haben und breite gesellschaftliche Gruppen, von Gewerkschaften über Arbeitgeber bis hin zu Kirchen, Sport- und Schützenvereinen, sich klar positionieren.



© Christiane Lang



Dies gilt auch für die Verteidigung der Europäischen Union, betonte Liese: „Das Grundgesetz verpflichtet uns, auf die europäische Einigung und die Europäische Union. Wörtlich heißt es in Artikel 23 Absatz 1: ‚Zur Verwirklichung eines vereinten Europas wirkt die Bundesrepublik Deutschland bei der Entwicklung der Europäischen Union mit, die demokratischen, rechtsstaatlichen, sozialen und föderativen Grundsätzen und dem Grundsatz der Subsidiarität verpflichtet ist(...)‘.“ „Aussagen wie die ‚EU muss sterben‘ vom heimlichen Herrscher der AfD Björn Höcke sind daher ein Frontalangriff auf unsere Verfassung. Die Europäische Union, die Westbindung und unser Grundgesetz haben uns mittlerweile fast 80 Jahre Frieden und im Vergleich zu anderen Teilen der Welt großen Wohlstand gebracht. Wer Werte unseres Grundgesetzes und die Europäische Union infrage stellt, gefährdet den Zusammenhalt unserer Gesellschaft, unseren Wohlstand und auf Dauer auch den Frieden“, bekräftigt der Europaabgeordnete aus Meschede an der Ruhr.

[\(Zurück zum Inhalt\)](#)

Stärkere Kontrollen an den Außengrenzen – Europäisches Parlament nimmt Asylkompromiss an

Wichtiger Baustein, um Kommunen zu entlasten und Zuwanderung auf diejenigen zu begrenzen, die ein Recht haben zu kommen

„Dies ist ein wichtiger Schritt, um die Kommunen vor Überlastung zu schützen“, mit diesen Worten kommentierte Peter Liese die Entscheidung des Europäischen Parlaments zur Annahme des Asylkompromisses. Das Parlament hatte mit knapper Mehrheit eine Reihe von Rechtsakten angenommen, die im Wesentlichen vorsehen, dass an den Außengrenzen der Europäischen Union in Zukunft stärker kontrolliert wird, ob Menschen, die zu uns kommen, eine große Wahrscheinlichkeit haben, als Asylbewerber oder Bürgerkriegsflüchtlinge anerkannt zu werden. Falls dies nicht der Fall ist, sollen sie einem zügigen Verfahren an den Außengrenzen unterzogen werden und in der Regel in ihre Herkunftsländer oder in sichere Drittstaaten zurückgeschickt werden.

„Ich finde es traurig, dass das Ergebnis so knapp war. Dies lag im Wesentlichen daran, dass Grüne und Linke gemeinsam mit den rechten Parteien, wie die AfD, dagegen gestimmt haben. Schade ist auch, dass wir so lange für diesen Kompromiss



© Europäische Union



gebraucht haben. Er wird seine Wirkung leider erst Schritt für Schritt entfalten. Zentren an den Außengrenzen kann man nicht in wenigen Wochen aufbauen. Die Verantwortung dafür, dass es so lange gedauert hat, tragen vor allen Dingen SPD und Grüne in der Bundesregierung, aber auch die SPD im Europäischen Parlament, namentlich die Sprecherin der Gesamtfractionen für das Thema, Birgit Sippel aus Arnsberg, die den Vorschlag, der schon 2020 auf dem Tisch lag und in den wesentlichen Punkten jetzt unverändert angenommen wurde, lange blockiert hat. Weil die Wirkung nicht unmittelbar eintreten wird, brauchen wir jetzt leider noch nationale Maßnahmen wie Grenzkontrollen an der Grenze zu Polen und Tschechien. Unabhängig davon müssen wir die Sozialleistungen für Asylbewerber überprüfen und zügig flächendeckend die Bezahlkarte einführen. Im Vergleich zu anderen europäischen Ländern ist Deutschland relativ attraktiv, was ein Grund ist, warum ein Drittel der Asylbewerber in der gesamten EU nach Deutschland kommen. Für mich hat jeder Mensch die gleiche Würde, aber nicht jeder Mensch hat das Recht, nach Deutschland oder Europa zu kommen. Menschen, die aus guten Gründen nach Europa kommen wollen, aber nicht politisch oder aus religiösen Gründen verfolgt werden, müssen wir vor Ort besser helfen“, bekräftigte Liese.

Attacke auf SPD-Sachsen Spitzenkandidat Matthias Ecke

Gemeinsam gegen Hass und Gewalt / Wir müssen um unsere Demokratie kämpfen

Kürzlich wurde der Spitzenkandidat für die Europawahl der SPD-Sachsen, Matthias Ecke, beim Aufhängen von Wahlkampfplakaten von vier Unbekannten schwer verletzt. Nach Angaben der SPD-Sachsen musste Matthias Ecke aufgrund seiner Verletzungen im Krankenhaus operiert werden. Die SPD berichtete zudem von weiteren Anfeindungen und Übergriffen bei anderen Wahlkampfteams. „Ich bin schockiert über die Attacken auf Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer“, äußerte sich Peter Liese. Er forderte: „Die Täter müssen hart bestraft werden und wir Demokraten müssen jetzt gegen Hass und Gewalt zusammenstehen“.

**„Die Täter müssen
hart bestraft werden und
wir Demokraten
müssen jetzt
gegen Hass und Gewalt
zusammenstehen“**

„Glücklicherweise bin ich persönlich noch nie körperlich angegriffen worden. Ich wurde allerdings im Internet bedroht. Während der Corona-Pandemie stand ich auf einer Liste von Corona-Leugnern, die mit einem Galgen symbolisierten, dass man uns, mich und andere Politikerinnen und Politiker, einer 'gerechten' Strafe zuführen wollte“, berichtet Liese von seinen eigenen Erfahrungen. „Die verbale Aggression im Internet hat zugenommen. Glücklicherweise hat sich das bei mir und meinem Team noch nicht in körperlichen Angriffen manifestiert. Wir dürfen uns von diesen Angriffen aber auf keinen Fall einschüchtern lassen - wir müssen um unsere Demokratie kämpfen“, bekräftigte Liese.

[\(Zurück zum Inhalt\)](#)



Zu rechts für die Rechten und zu stolz oder nicht unabhängig genug für einen Mandatsverzicht Maximilian Krah schießt sich endgültig ins Aus / AfD gefährdet Wohlstand und Frieden

„Maximilian Krah, der Spitzenkandidat der AfD zur Europawahl, schießt sich endgültig ins Aus. Er ist zu rechts für die Rechten vom Rassemblement National in Frankreich und von der Lega in Italien. Trotzdem ist er entweder zu stolz und zu uneinsichtig oder einfach beruflich nicht unabhängig genug, um seinen Mandatsverzicht zu erklären“, dies erklärte Peter Liese zu aktuellen Meldungen um den AfD-Spitzenkandidaten Maximilian Krah.

Liese sagte, das Verhalten Krahs stehe exemplarisch für die gesamte AfD: „Die Partei hat sich vor allem durch den Einfluss von Björn Höcke in den letzten Jahren immer weiter nach rechts entwickelt. Nazis geben den Ton an. Die AfD gefährdet unseren Wohlstand, weil zum Beispiel Höcke sagt, ‚Die EU muss sterben.‘ Nach Berechnung des Instituts der Deutsche Wirtschaft, würden wir dadurch 10% unserer Wirtschaftsleistung verlieren. Das wäre 20-mal mehr als durch die jetzige Rezession, die jetzt schon vielen Menschen Sorgen macht, weil sie in Kurzarbeit sind. Die AfD gefährdet aber auf Dauer auch den Frieden. Nationalismus hat Deutschland in viele Katastrophen gestürzt, zuletzt in die Katastrophe des Zweiten Weltkriegs. Dass jemand Spitzenkandidat geworden ist, der die Verbrechen des SS verharmlost, ist unerträglich. Die Distanzierung durch die AfD-Spitze um Chrupalla und Weidel kommt einfach viel zu spät.“

[\(Zurück zum Inhalt\)](#)

Europawahlkampföffnung der CDU in Berlin Von der Leyen als hervorragende Spitzenkandidatin / FDP muss sagen, was sie will /Sorge über Unterstützung der AfD bei unter 30-Jährigen

Die CDU eröffnete Anfang Mai in Berlin die heiße Phase des Europawahlkampfes mit Reden von Kommissionspräsidentin und Spitzenkandidatin der EVP Ursula von der Leyen, Parlamentspräsidentin Roberta Metsola, Friedrich Merz und vielen anderen.

Aus diesem Anlass bekräftigte Peter Liese seine Unterstützung für Ursula von der Leyen: „Ursula von der Leyen gilt laut Forbes-Magazin zum wiederholten Mal als die mächtigste Frau der Welt. Sie ist auf Augenhöhe mit den anderen wichtigen globalen Führungskräften. Sie



hat uns gut durch die Corona-Pandemie geführt und Europa nach dem russischen Angriffskrieg in der Ukraine zusammengehalten. Persönlich finde ich es besonders wichtig, dass sie vor ihrem medizinischen Hintergrund - sie ist Ärztin - viele meiner Initiativen im Gesundheitsbereich unterstützt hat. Zum Beispiel ist es uns gemeinsam gelungen, einen Aktionsplan Krebs auf den Weg zu bringen, der schon viele konkrete Ergebnisse gebracht hat.“



Liese forderte die FDP und ihre Spitzenkandidatin Agnes Strack-Zimmermann angesichts ihrer Kritik an Ursula von der Leyen zu erklären, was sie will: „Die FDP kritisiert Ursula von der Leyen, sagt aber nicht, was die Alternativen sind. Will die FDP eine Euro-Ampel unter Führung eines sozialdemokratischen Kommissionspräsidenten oder wollen sie den früheren Präsidenten der EZB Mario Draghi, der zwar ein honoriger Mann ist, aber klar für europäische Schulden steht. Die FDP muss sich hier positionieren. Eins ist klar, die FDP und auch Frau Strack-Zimmermann haben den Koalitionsvertrag unterstützt. Dort steht schwarz auf weiß, wenn keine deutsche Frau Kommissionspräsidentin wird, liegt das Vorschlagsrecht für einen Kommissar/eine Kommissarin bei den Grünen. Wer FDP wählt, bekommt am Ende also Ricarda Lang, Anton Hofreiter oder Claudia Roth.“.

Sorgen macht sich der Spitzenkandidat der CDU-NRW über die neueste Jugendstudie, die besagt, dass bei unter 30-Jährigen die AfD mit 22% Unterstützung vorne liegt. Die CDU liegt mit 20 Prozent knapp dahinter: „Dies darf uns alle gemeinsam nicht ruhen lassen. Es ist gut, dass unsere Gesellschaft unter anderem durch die Demonstration und die Stellungnahmen von Gewerkschaften, Arbeitgebern, Kirchen und weiteren einen Trend erzeugt hat, der dazu führt, dass die AfD in den Umfragen abnimmt, aber bei den Wählerinnen und Wählern unter 30 haben wir noch ein großes Stück Arbeit. Es muss unser gemeinsamer Anspruch sein, als CDU deutlich vor der AfD zu liegen und damit stärkste politische Kraft bei unter 30-Jährigen zu werden.“

[\(Zurück zum Inhalt\)](#)

Weniger Bürokratie für Landwirte Europäisches Parlament beschließt Entlastungspaket / Ampel enthält sich

„Über Bürokratieabbau dürfen wir nicht nur reden, sondern wir müssen konkret zeigen, wie es geht. Deswegen ist es sehr wichtig, dass wir in der letzten Sitzung des Europäischen Parlaments in Straßburg konkrete Entlastungen für unsere Landwirte beschlossen haben. Viele Auflagen, die bisher galten, werden gelockert oder ganz abgeschafft“, erklärte Peter Liese. Das Parlament hatte Ende April mit großer Mehrheit, aber gegen massiven Widerstand der Grünen und großen Teilen der Sozialdemokraten zahlreiche Erleichterungen durchgesetzt. Die Verpflichtung, 4% der Fläche jedes Jahr stillzulegen, ist für die gesamte laufende Periode der Gemeinsamen Agrarpolitik bis Ende 2027 aufgehoben. Außerdem profitieren Kleinbetriebe vom Wegfall von Kontrollen und Sanktionen.



Um die Unterstützung aus der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) zu erhalten, auf die Landwirte in Europa Anspruch haben, müssen diese eine Reihe von Bedingungen einhalten, die der Umwelt und dem Klima zugutekommen. Diese grundlegenden Standards werden als GLÖZ bezeichnet, was „guter landwirtschaftlicher und ökologischer Zustand“ bedeutet. Diese Bedingungen werden nun gelockert. „Das bedeutet nicht, dass sämtliche Umweltmaßnahmen gestrichen werden. Es bleibt dabei, dass ein Teil der Mittel nur zur Verfügung gestellt wird, wenn man sich an sogenannte ‚Ecoschemes‘, also besonderen Maßnahmen für die Umwelt, beteiligt. Außerdem bleibt es auch dabei, dass kleine und mittelgroße Betriebe besser gefördert werden als früher, als die Förderung nur pro Hektar stattfand“, erklärte Liese.

Auch der Rat hat zwei Wochen später dem Entlastungspaket zugestimmt. Bei der Abstimmung enthielt sich aber Deutschland als einziger Mitgliedstaat. „Selbst hier hat sich der Grüne Bundeslandwirtschaftsminister nicht durchringen können, sich für die Belange der Landwirte einzusetzen. Unsere Landwirte leisten einen wichtigen Beitrag zur Pflege der Kulturlandwirtschaft und für die Nahrungsmittelversorgung. Wertschätzung sollte sich nicht nur in Worten ausdrücken, sondern auch in Taten. Ich bin mit den Landwirten nicht erst seit den Demonstrationen Anfang diesen Jahres, sondern schon seit vielen Jahren im Gespräch und freue mich, dass wir gemeinsam etwas konkretes erreichen konnten“ erklärte Liese.

[\(Zurück zum Inhalt\)](#)



Ursula von der Leyen sagt Ausnahmen von PFAS Verbot in Brief an Unionsabgeordnete im Europäischen Parlament zu

Weder Medizin noch die Transformation zur Klimaneutralität funktionieren ohne PFAS

Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen plant eine dauerhafte Ausnahme von dem geplanten Verbot der Chemikaliengruppe der PFAS für essentielle Anwendungen, z.B. in der Medizin oder bei der Transformation zur Klimaneutralität. Dies geht aus einem Schreiben hervor, das von der Leyen an eine Reihe von Unionsabgeordneten adressiert hat. Fünf Mitgliedstaaten, darunter Deutschland, hatten bei der Europäischen Chemikalienagentur ECHA mit Sitz in Helsinki ein umfassendes Verbot verlangt. Daraufhin regte sich Widerspruch in der Industrie, da diese Stoffgruppe sehr, sehr vielfältig ist und in manchen Bereichen nicht auf das Material verzichtet werden kann. So ist beispielsweise die Herstellung der mRNA-Impfstoffe der Firma BioNTech nur möglich, weil die dazu notwendigen Lipide im Werk von Evonik in Hanau mit PFAS hergestellt werden. Ebenso unverzichtbar ist PFAS in der Medizintechnik und bei der Herstellung von Wasserstoff und Windkraftanlagen. Von der Leyen schreibt nun, dass die Kommission für diese Bereiche Ausnahmen vorsehen wird.



Dazu erklärte Peter Liese: „Als Arzt und Umweltpolitiker weiß ich, dass bestimmte Untersubstanzen der PFAS-Gruppe gefährlich sind. Wir sollten PFAS Schritt für Schritt überall dort ersetzen, wo es Alternativen gibt. Aber in bestimmten Anwendungsbereichen sind sie eben nicht ersetzbar und in vielen Fällen ist die Gefahr auch zu vernachlässigen. Deswegen freue ich mich sehr über diese klare Aussage der Kommissionspräsidentin.“

[\(Zurück zum Inhalt\)](#)

Neue EU-Verpackungsverordnung

Pragmatischer Kompromiss für heimische Unternehmen und eine Zeitenwende in der EU-Umweltpolitik

Das Europäische Parlament hat im April über eine neue Verpackungsverordnung abgestimmt. Nachdem sich insbesondere die heimische Papierindustrie über den ursprünglichen Vorschlag von Kommissionsvizepräsident Frans Timmermans massiv beschwert hatte, ist es den Europaabgeordneten, allen voran Peter Liese gelungen, Änderungen herbeizuführen. „Es geht grundsätzlich darum, die Flut von Plastikmüll einzugrenzen. Dies soll durch die Umstellung auf umweltfreundliche Verpackungen, die allgemeine Reduzierung des Verpackungsmülls und verbessertes Recycling geschehen“, erklärte Liese.

Im ursprünglichen Vorschlag waren allerdings Papier und Pappe mit Plastik gleichgestellt. Zum Beispiel sollte es viele unsinnige Verbote von Papiertütchen für Zucker, Salz, Pfeffer und Süßstoff geben. Das war bei vielen heimischen Unternehmen und der Mehrheit der Europaabgeordneten auf massive Kritik gestoßen. Peter Liese hat sich gemeinsam mit Betroffenen aus der Region dagegengestemmt und erreicht, dass die Vorgaben klar entschärft wurden. Wichtiger für die südwestfälische Industrie war, dass Papierverpackungen von den Vorgaben für Mehrwegsysteme ausgenommen sind. „Wenn Materialien wie Pappe und Papier eingesetzt werden, die eine sehr hohe Recyclingrate haben, kann das umweltfreundlicher sein als Mehrwegverpackungen, die ja auch immer hin und her transportiert werden müssen. Damit sind viele Kernforderungen der EVP nach einer praxistauglichen Umsetzung der Verordnung aufgenommen worden, die die nachhaltige Industrie in unserer Region weiter stärken. In einer Zeit, in der unsere Wirtschaft leidet, müssen wir Regelungen verabschieden, die auch wirklich machbar sind, während sie der Umwelt helfen. Pure Ideologie ohne Blick auf die Lebensrealitäten außerhalb Brüssels und Berlins ist hier fehl am Platz“, betonte Liese.



Das unsinnige Zuckertütchenverbot ist vom Tisch.

Stimmen aus der Region

Thomas Bock, Geschäftsführer für die technischen Belange bei Reno de Medici in Arnsberg, begrüßte das Ergebnis: „In Anbetracht der Herausforderungen, die der erste Entwurf der Packaging Regulation für unsere Branche darstellte, möchten wir Herrn Dr. Peter Liese für seine unermüdlichen Bemühungen im Europaparlament danken. Sein tiefes Verständnis für die Bedürfnisse der Papier- und Kartonindustrie und seine Fähigkeit, diese in konkrete



politische Maßnahmen umzusetzen, haben wesentlich dazu beigetragen, dass die neue Regelung unsere Industrie jetzt unterstützt, statt belastet.“

Auf Applaus stieß der endgültige Text auch bei *Marcel Suffrian aus Wickede, Geschäftsleiter der Firma FSP Biobiene in Fröndenberg*, die jegliche Plastikverpackungen im Versandhandel durch nachwachsende Rohstoffe, wie zum Beispiel Papier oder grasbasierte Produkte ersetzt: „Plastikverpackungen sind im Online- und Versandhandel überflüssig und können ohne weiteres durch adäquate papierbasierte Alternativen aus nachwachsenden Rohstoffen zu 100 % kostengünstig ersetzt werden. Wir danken Herrn Dr. Liese ausdrücklich für die zusammengeführten Besprechungen, sein Engagement und die erzielten Ergebnisse!“

[Faktenpapier zum Thema Verpackungen und Verpackungsmüll](#)

[\(Zurück zum Inhalt\)](#)

Heimische Waldbesitzer und Kaffeeröster klagen über Bürokratie

Brief an von der Leyen

Peter Liese will zusammen mit Kollegen aus dem Europäischen Parlament die EU-Verordnung zu entwaldungsfreien Lieferketten (EUDR) entschlacken und die Umsetzung verschieben, damit bestehende Probleme, zum Beispiel beim Import von Kaffee oder der Bürokratie für heimische Waldbesitzer und Kaffeeröster gelöst werden können. Liese hat sich deshalb zusammen mit Kollegen in einem Brief an Ursula von der Leyen, den Vizepräsidenten für Handel Valdis Dombrovskis und den Umweltkommissar Virginijus Sinkevičius gewandt. Vor einiger Zeit hatte der Deutsche Kaffeeverband vor einem drohenden Kaffeemangel nach Umsetzung der Verordnung in 2025 und einer deutlichen Preissteigerung gewarnt. Bereits vorher hatten Waldbesitzer auch aus unserer Region über zu viel Bürokratie in der Umsetzung geklagt. Die Christdemokraten hatten ihre Bedenken bereits bei der Erarbeitung der Verordnung im Umweltausschuss des Europäischen Parlaments und im Plenum deutlich gemacht. Zum Beispiel haben sie schon damals einen längeren Zeitraum für die Umsetzung verlangt und mehr Flexibilität für die Anwender. Einzelne Länder, in denen nachweislich keine Entwaldung stattfindet, sollten als Länder ohne Risiko eingestuft werden. Dies hätte zum Beispiel eine riesige Erleichterung für die deutschen Waldbauern mit sich gebracht.





In dem Brief fordern die Abgeordneten konkret:

1. Die Umsetzung um zwei Jahre zu verschieben, d.h. vom 01.01.25 auf 01.01.27 und die notwendige technische Vorbereitung durchzuführen.
2. Die sehr detaillierten technischen Anforderungen zu vereinfachen.
3. Es sollten Gespräche mit Drittstaaten geführt werden, um deren Bedenken auszuräumen.

„Das Ziel, die Entwaldung weltweit zu stoppen, ist unbestritten. Wenn jede Minute eine Fläche von elf Fußballfelder abgeholzt wird und das zum Teil auch durch Importe bestimmter Produkte in die EU gefördert wird, dann müssen wir handeln. Wir sollten aber mehr Rücksicht auf Kleinbauern in den Entwicklungsländern und auf kleine Waldbesitzer in der Europäischen Union nehmen“, betonte Liese.

Hintergrund:

Die EU hat im Frühjahr 2024 neue Vorschriften zur Eindämmung der weltweiten Entwaldung verabschiedet. In der Verordnung werden ab 30. Dezember 2024 verbindliche Sorgfaltspflichten für alle Marktteilnehmer und Händler festgelegt, die folgende Rohstoffe in der EU in Verkehr bringen, auf dem EU-Markt bereitstellen oder aus der EU ausführen: Palmöl, Rinder, Holz, Kaffee, Kakao, Kautschuk und Soja. Die Vorschriften gelten auch für eine Reihe von Folgeerzeugnissen wie Schokolade, Möbel, Druckpapier und ausgewählte Derivate auf Palmölbasis (z. B. als Bestandteile von Körperpflegeprodukten). Die Marktteilnehmer müssen die Herkunft der Waren dabei bis auf das Grundstück zurückverfolgen. In der EU dürfen dann nur noch Produkte verkauft werden, die seit 2020 nicht von Entwaldung oder Waldschädigung betroffen waren. Bei der Implementierung des Gesetzes treten zahlreiche Probleme auf hinsichtlich des knappen Zeitrahmens für die Umsetzung, die zu hohen und detaillierten technischen Anforderungen und einer Verstimmung der Länder außerhalb der EU, die diese Produkte in die EU verkaufen. Die Europäischen Christdemokraten haben auf diese Probleme schon während der Verhandlungen hingewiesen. Eine EU Ampel-Mehrheit hat diese Regeln dennoch durchgebracht.

Schätzungen zufolge sind zwischen 1990 und 2020 420 Millionen Hektar Wald (eine Fläche größer als die EU) durch Entwaldung verloren gegangen. Der EU-Verbrauch macht etwa 10 % der weltweiten Entwaldung aus. Palmöl und Soja sind für mehr als zwei Drittel davon verantwortlich.

Stimmen aus der Region

Klaus Langen aus Medebach, Geschäftsführer der Langen Kaffee GmbH & Co. KG, sagte dazu: „Die Vorgaben aus der Europäischen Union sind unrealistisch und belasten die ohnehin schon von vielen Problemen geplagten Kaffeeproduzenten, von denen ich meinen Kaffee beziehe. Der Klimawandel verändert Erntezeiten und Erträge. Meinen Partnern, z.B. in Honduras, sind sich diesen Problemen also bewusst und tun auch etwas dagegen. Für den Anbau von Kaffee muss man sowieso Bäume pflanzen, um den Pflanzen Schatten zu geben.



Die Produzenten haben kein Verständnis dafür, dass die EU sie mit diesen Forderungen nun zusätzlich überfrachtet.“

„Wir sollten alles tun, um die Umsetzung der EUDR für den Privatwald so einfach und unbürokratisch wie möglich zu gestalten“, fordert *Prof. Dr. Andreas Bitter, Waldbesitzer aus Finnentrop und Präsident der AGDW*. Es sei daher dringend erforderlich, die bestehende Umsetzungsfrist um zwei Jahre zu verlängern und die Verordnung zu überarbeiten.

[\(Zurück zum Inhalt\)](#)

Deutschland muss Vorschlag der EU-Kommission zum Absenken des Schutzstatus von Wölfen zustimmen

Peter Liese spricht sich nachdrücklich für die Anpassung des Schutzstatus des Wolfes aus. Am 20.12.2023 hatte die EU-Kommission endlich einen Vorschlag vorgelegt, den Schutzstatus des Wolfs in der Berner Konvention von „streng geschützt“ auf „geschützt“ abzusenken. Peter Liese und seine Fraktionskollegen hatten sich massiv für diesen Vorschlag eingesetzt. Diesem Vorschlag müssen jetzt noch die EU-Mitgliedstaaten in den nächsten Wochen zustimmen. In einem offenen Brief wendet sich Peter Liese deshalb jetzt mit



Unionskolleginnen und -kollegen an Umweltministerin Steffi Lemke: „Der Wolf darf nicht über die Menschen und Weidetierhalter gestellt werden. Die Anpassung des Schutzstatus ist deshalb notwendig, um ein vernünftiges und ausgewogenes Management der Wolfspopulation zu ermöglichen. Mit einer Zahl von schätzungsweise rund 3.000 Tieren im Bundesgebiet hat Deutschland eine sehr hohe Wolfsdichte– mit entsprechend massiven Auswirkungen für unsere Landwirtschaft und Weidetierhalter. So steigt die Zahl der Nutztierrisse von Jahr zu Jahr – mit einem traurigen Höhepunkt im Jahr 2022 mit 4.366 Nutztierissen. Dies entspricht mehr als einer Verdopplung gegenüber 2018 und stellt eine massive Bedrohung für den ländlichen Raum dar.“



In vielen Gesprächen mit Landwirten hat sich Peter Liese immer wieder ein Bild von der teilweise dramatischen Situation in der Weidetierhaltung gemacht: „Fast jede Woche rede ich mit Landwirten, die mir ihre Sorgen schildern und zum Teil auch schon dramatische Erfahrungen mit dem Wolf gemacht haben.“ Liese wies darauf hin, dass nach der jetzigen Gesetzeslage in Europa schon eine stärkere Bejagung des Wolfes möglich ist: „Frankreich und Schweden haben deutlich weniger Einwohner pro km² und deutlich weniger Wölfe. Trotzdem gibt es dort mehr Abschüsse. Das ist im Rahmen des derzeitigen europäischen Rechts möglich. Trotzdem ist die Herabsetzung des Schutzstatus nötig, um mehr rechtliche Klarheit zu schaffen. Wir brauchen mehr Respekt für Landwirte, Waldbesitzer und die Menschen im ländlichen Raum. Weidetierhaltung fördert Biodiversität und gibt vielen Pflanzen und Tiere einen Lebensraum, der zerstört werden würde, wenn Weidetierhalter aufgrund der zunehmenden Verbreitung des Wolfs diese Haltungsform aufgeben“, betonte Liese.

Wertschätzung für Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Menschen im ländlichen Raum – Was tun mit dem Wolf?

Bei einer Fachveranstaltung in Hallenberg diskutierte Liese mit dem Präsidenten des westfälisch-lippischen Landwirtschaftsverbandes (WLV) Hubertus Beringmeier, Bernd Eichert, Wolfsbeauftragter des WLV, sowie Eric Broch, Verein „Weidezone e.V.“ und Marlene Mortler, Mitglied im Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung im Europäischen Parlament über die Herabsetzung des Schutzstatus des Wolfs. Thema waren daneben auch allgemeine Themen der Land- und Forstwirtschaft.

Die aufgezeichnete Veranstaltung finden sie unter folgendem Link:

<https://www.youtube.com/watch?v=WXJQm2Lv-nI>

[\(Zurück zum Inhalt\)](#)

Den Verursachern des illegalen Welpenhandels das Handwerk legen

Peter Liese federführend verantwortlich für EU-Tierschutzgesetz

„Der illegale Handel mit Welpen ist ein grausames Geschäft. Wir müssen der Welpen-Mafia unbedingt das Handwerk legen“, bekräftigte Peter Liese. Er hatte gegenüber der Europäischen Kommission deshalb darauf gedrängt, einen konkreten Gesetzgebungsvorschlag für Haustiere in der Europäischen Union vorzulegen.

Der nun jüngst von der Europäischen Kommission angenommene Vorschlag sieht präzise Regeln für die Aufzucht und den Transport von Haustieren, insbesondere von Katzen und Hunden, vor. Ganz entscheidend ist nach Ansicht von Experten ein System zur Rückverfolgbarkeit.



Seit Peter Liese und seine Frau einen griechischen Mischlingshund aufgenommen haben, engagiert er sich noch mehr als bisher für den Tierschutz.



Alle Hunde und Katzen sollen in Zukunft einen Chip tragen, damit klar identifizierbar ist, woher sie kommen. Der Kampf gegen den illegalen Handel soll zudem durch mehr Kontrollen und härtere Strafen intensiviert werden.

Der Ausschuss für Umwelt und Gesundheit hat Liese nun zum sogenannten Berichterstatter, d.h. zum Verhandlungsführer für das Thema, benannt. „Der Tierschutz liegt mir schon seit vielen Jahren am Herzen, aber seit meine Frau und ich im letzten Februar einen Hund aufgenommen haben, der von Tierschützern in Griechenland vor einer Tötungsstation aufgefunden wurde, ist mir das Thema noch viel näher. Illegaler Welpenhandel ist nicht nur Tierquälerei, er ist auch eine Gefahr für die Gesundheit des Menschen. Die Tiere sind in der Regel weder untersucht noch geimpft, sodass für den Menschen gefährliche Krankheiten wie Tollwut übertragen werden können. Ein Grund mehr, gegen die Welpenmafia vorzugehen“, erklärte Liese.

[\(Zurück zum Inhalt\)](#)

CDU-Parteitag 2024



„Auf dem CDU-Parteitag 2024 haben wir einen neuen Vorstand gewählt, das bisher vierte Grundsatzprogramm einstimmig verabschiedet und einen bundesweiten Wahlkampfstart für die Europawahl ausgerufen. Nun heißt es Endspurt! Kommen Sie gerne bei Veranstaltungen vorbei und stimmen sich auf ein besseres Europa ein.“, betonte Peter Liese anlässlich des Parteitags der CDU in Berlin. „Bei meinen vielen Gesprächen vor Ort werde ich sehr oft auf das neue Grundsatzprogramm angesprochen. Fast alle, mit denen ich spreche, finden es gut“, fügte er hinzu.



Link zum Grundsatzprogramm (Langversion): https://www.grundsatzprogramm-cdu.de/sites/www.grundsatzprogramm-cdu.de/files/downloads/240507_cdu_gsp_2024_beschluss_parteitag_final_1.pdf

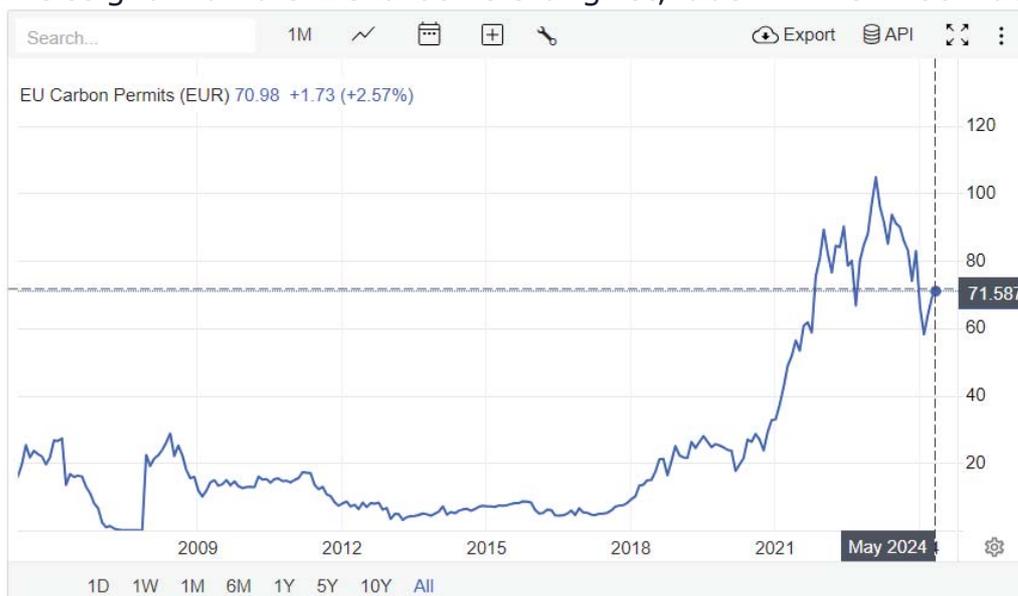
Link zum Grundsatzprogramm (Kurzversion): https://www.grundsatzprogramm-cdu.de/sites/www.grundsatzprogramm-cdu.de/files/km_mini-leporello_grundsätze_für_deutschland_europawahl_2024.pdf

(Zurück zum Inhalt)

Problem ist nicht der ETS Preis, sondern der Einbruch der Industrieproduktion

**Preisrückgang beim ETS teilweise politisch gewollt /
Mittelfristig Preise von 100€ oder deutlich darüber zu
erwarten**

„Das Problem ist nicht der ETS-Preis, sondern der Einbruch der Industrieproduktion in Deutschland und Europa“, erklärte Peter Liese, der Berichterstatter zur Reform des Emissionshandels war, angesichts der aktuellen Diskussionen um den Preis von Zertifikaten im Europäischen Emissionshandel. Der ETS-Preis, der im letzten Jahr teilweise bei bis zu 100€ lag, ist zurzeit auf einem Niveau von ca. 70€. Damit liegt dieser wichtige Wert, der ein Preissignal für die Dekarbonisierung ist, aber immer noch deutlich über dem Niveau der



letzten Jahre.

„Ein Teil des Preisrückgangs von 100€ auf 70€ war politisch gewollt. Mit verschiedenen Maßnahmen wollten wir Christdemokraten dem Umstand Rechnung tragen, dass Investitionen in erneuerbare Energien und die Umwandlung der Industrie Zeit brauchen und die diese Investitionen während der letzten zwei Jahre durch die Effekte des russischen Angriffskrieges

und der Notwendigkeit, russisches Gas zu ersetzen, nochmals erschwert. Langfristig wird der ETS Preis aber wieder auf 100€ und wahrscheinlich deutlich darübersteigen. Deshalb sollte



sich niemand Illusionen machen: wer jetzt in saubere Technologien investiert, wird auf Dauer davon profitieren. Wer glaubt, er könnte auch in den nächsten Jahrzehnten einfach so weitermachen wie bisher, wird bestraft werden“, sagt Peter Liese, Berichterstatter des nach Einschätzung vieler größten Klimaschutzgesetzes aller Zeiten, der Reform des Europäischen Emissionshandels.

[\(Zurück zum Inhalt\)](#)

Firmen stehen in den Startlöchern, Bundesregierung kommt nicht aus den Puschen

Unternehmen brauchen dringend klare Rahmenbedingungen für ihre Investitionen

Die Unternehmen in Deutschland stecken in der Krise. Sie brauchen Rückenwind und keinen Gegenwind von nationaler und europäischer Ebene. Rückenwind für die Wirtschaft steht aber keinesfalls im Gegensatz zum Klimaschutz. Im Gegenteil! Viele Unternehmen in Nordrhein-Westfalen sind schon auf den Weg zur Klimaneutralität.

Beispielsweise will die Firma Lhoist/Rheinkalk das größte Kalkwerk Europas in Wülfrath bei Düsseldorf klimaneutral umbauen. Auch die Firma HeidelbergMaterials will in Geseke im Kreis Soest das erste vollständig dekarbonisierte Zementwerk Deutschlands aufbauen. Beide Projekte kommen ohne Förderung aus dem Bundeshaushalt aus, erhalten jedoch hohe Beträge aus dem Europäischen Innovationsfonds (Wülfrath 228 Mio. Euro, Geseke 191 Mio. Euro), der Rest ist privates Kapital. Obwohl den Unternehmen die Summen vom EU-Innovationsfonds sicher haben, brauchen sie noch die rechtliche Klarheit der Bundesregierung. Denn der Transport und die Lagerung von CO₂, die für die das Dekarbonisierungsprojekt notwendig sind, sind in Deutschland im Gegensatz zu anderen EU-Ländern noch illegal.



„Lange hat die Ampel eine Gesetzesänderung zugesagt, jedoch nicht geliefert. Die Strategie, die Bundesklima- und Wirtschaftsminister Robert Habeck Anfang des Jahres vorgestellt hat, hilft auch nicht wirklich weiter. Denn dieser Referentenentwurf ist nur der allererste Schritt in einem langwierigen Gesetzgebungsverfahren. Viele Unternehmen in Deutschland wollen Kalk und Zement mithilfe dieser innovativen Ansätze klimaneutral machen. Für hohe Investitionen sind aber klare Rahmenbedingungen nötig. Die Firmen stehen also in den Startlöchern, aber die Bundesregierung kommt nicht aus den Puschen“, erklärte Peter Liese.

[\(Zurück zum Inhalt\)](#)



EU packt Problem des Arzneimittelmangels an – Kommission trifft Kostenträger

Nicht nur auf den Preis, sondern vor allen Dingen auf die Zuverlässigkeit der Lieferkette achten

Die Europäischen Institutionen arbeiten hartnäckig an dem Problem des Arzneimittelmangels. „Dass Menschen in der Apotheke immer wieder hören müssen 'Medikament nicht lieferbar' ist ein Skandal für ein reiches Land wie Deutschland und einen reichen Kontinent wie Europa. Es muss hier dringend etwas geschehen. Europa hat das Problem nicht verursacht; es waren die nationalen Verantwortlichen, die bei Generika, die 80% der Arzneimittelversorgung



ausmachen, nur auf den Preis geachtet haben, weshalb die Produktion fast vollständig nach China und Indien abgewandert ist. Europa kann aber Teil der Lösung sein, weil nur dann, wenn wir gemeinsam die richtigen Signale setzen, die Industrie wieder in Europa produzieren wird. Deswegen habe ich die Europäische Kommission seit Jahren motiviert, hier aktiv zu werden. Sie arbeiten an Leitlinien für Ausschreibungen, dabei darf nicht nur der Preis berücksichtigt werden darf, sondern es muss auch um Umweltauflagen, Zuverlässigkeit der Lieferkette und Produktion in Europa gehen. Ich appelliere an alle Kostenträger, hier konstruktiv mitzuarbeiten, damit die Leitlinien schnell veröffentlicht werden können“, so der Arzt und Europaabgeordnete Liese.

Bei einem zweiten Problem, der Medizinprodukteverordnung hat der Abgeordnete jetzt zu einem ungewöhnlichen Schritt gegriffen. Medizinprodukte sind Produkte, bei denen die Wirkung nicht auf der pharmakologischen/chemischen Eigenschaft, sondern auf der mechanischen Eigenschaft beruht. Es geht also zum Beispiel um Implantate oder Herzkatheter. Hier wurde vor Jahren das europäische Recht verschärft, weil es zu vielen Skandalen gekommen war. „Aber die Europäischen Institutionen haben über das Ziel hinausgeschossen. Neben den sinnvollen Verschärfungen gibt es auch unnötige und lästige Bürokratie. Dadurch kommt es zu echten Versorgungsproblemen, zum Beispiel bei Herzkathetern für Kinder“, so Liese.

Das Europäische Parlament hatte sich im Dezember für eine erneute Gesetzesänderung ausgesprochen; die Kommission hatte in der letzten Plenarsitzung im April erklärt, dass sie dieses Vorhaben angehen wird. In einem außergewöhnlichen Schritt hat Liese sich jetzt entschlossen, einen konkreten Gesetzgebungsvorschlag auf den Tisch zu legen. In einem Brief an Ursula von der Leyen, Vizepräsident Margaritis Schinas, Gesundheitskommissarin



Stella Kyriakides und die Generaldirektorin Sandra Gallina beschreibt er die Dringlichkeit des Themas und legt einen Vorschlag vor, den er mit Hilfe des Fachjuristen Erik Vollebregt, Experte für EU-Medizinprodukterecht und Datenschutz, erarbeitet hat. „Auch wenn wir formal als Parlament kein Initiativrecht haben, so möchte ich mit diesem Schritt den Prozess zur Änderung der Medizinprodukteverordnung beschleunigen. Es wird schon zu lange nur geredet, wir brauchen jetzt Taten, um Menschenleben zu retten“, bekräftigte Liese.

Arzneimittelknappheit – Was ist zu tun? Wichtiges Gespräch mit Vertretern aus Medizin und Pharmazie

[\(Zurück zum Inhalt\)](#)

Arzneimittelknappheit – Was ist zu tun? – Dies war auch Thema bei einer Veranstaltung in Attendorn. „Ein konstruktives Treffen mit Vertretern aus Pharmazie und Medizin bei der Frauen Union Kreis Olpe, Senioren Union Kreis Olpe und Frauen Union Kreis Mark, um das dringende Thema der Arzneimittelknappheit zu diskutieren. Gemeinsam ist es entscheidend, dieses Problem auf höchster Ebene anzugehen und zusammen mit der heimischen Wirtschaft zu bekämpfen“, betonte Peter Liese anlässlich dieses wichtigen Gesprächs.

Link zur Veranstaltung:

<https://www.youtube.com/watch?v=T44PGPIIkqA>

Weitere Veranstaltungen zum Thema:

Bad Berleburg, 3.1.24

<https://www.youtube.com/watch?v=BupGhF1f0fg>

Kierspe, 20.12.23

<https://www.youtube.com/watch?v=SnvjP5IdLZg>

Meschede, 14.12.23

https://www.youtube.com/watch?v=_pfrwLfQGk



Mitteilung der Kommission zur Gesundheitsunion

Wichtige Durchbrüche in den letzten fünf Jahren, aber weiterer Fortschritt nach der Wahl dringend notwendig

„Wir haben in der vergangenen Legislaturperiode einen bedeutenden Durchbruch in der europäischen Gesundheitspolitik erzielt. Dies war nicht nur auf Covid zurückzuführen; schon bevor die Pandemie begann, hat die Europäische Kommission den Vorschlag der EVP angenommen und einen Aktionsplan Krebs auf den Weg gebracht. Dieser ist so erfolgreich, dass Vertreter anderer Erkrankungen sich das gleiche wünschen. Wir als EVP unterstützen einen Aktionsplan für Herz-Kreislauf-Erkrankungen sowie für neurodegenerative Krankheiten wie Parkinson und Alzheimer“, erklärte Dr. Peter Liese nach der Veröffentlichung der Mitteilung der Kommission zur Gesundheitsunion durch Vizepäsident Margaritis Schinas.



Archivfoto

„Weitere Fortschritte im Bereich der Gesundheitsunion sind absolut notwendig. Das Dringendste ist eine Änderung der Medizinprodukteverordnung, um zwar das Sicherheitsniveau der Produkte zu erhalten, aber die Bürokratie zu reduzieren, sowie eine gemeinsame Aktion gegen den Medikamentenmangel. Das Problem des Arzneimittel mangels wurde nicht von der Europäischen Union verursacht, sondern von den Mitgliedstaaten. Europa muss jedoch bei der Lösung helfen. Deswegen bin ich sehr froh, dass die Kommission sich bereits mit dem Aktionsplan vom Herbst letzten Jahres engagiert hat und die für die Ausschreibung von Medikamenten zuständigen Behörden zusammenruft, um deren Arbeit besser zu koordinieren. Nicht nur der Preis darf bei der Ausschreibung zum Beispiel der Krankenkassen eine Rolle spielen, auch die Qualität und die Zuverlässigkeit der Lieferkette müssen zunehmend in den Fokus geraten.“

[\(Zurück zum Inhalt\)](#)

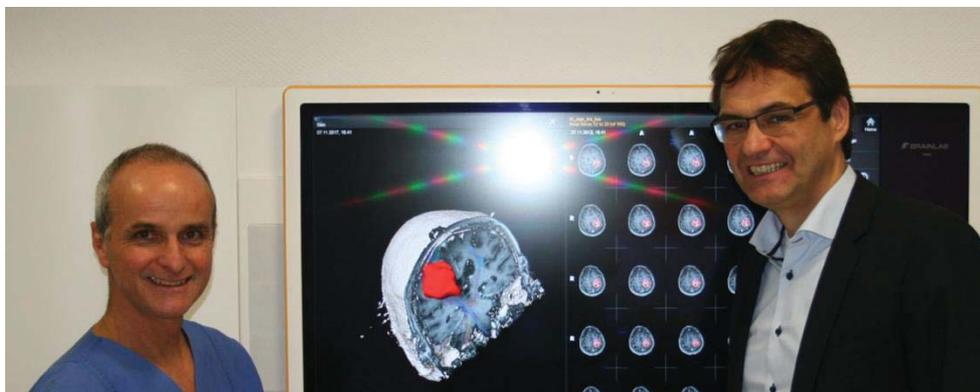


Einigung zum Europäischen Gesundheitsdatenraum

Das wichtigste Gesetz für unsere Gesundheit seit vielen Jahren

„Dies ist die wichtigste Entscheidung zum Schutz der Gesundheit in der Europäischen Union seit vielen Jahren, wenn nicht überhaupt“, betonte Dr. med. Peter Liese die Einigung zwischen Vertretern des Europäischen Parlaments und der Mitgliedstaaten zum Europäischen Gesundheitsdatenraum. Die Einigung hätte eigentlich schon in der vorigen Woche gelingen sollen. Der Trilog war jedoch gescheitert, vor allem weil sich die Sozialdemokraten, auch die deutschen Sozialdemokraten, nicht einig sind und deshalb im Europäischen Parlament und im Ministerrat unterschiedliche Positionen vertreten.

Mit den neuen Regeln soll der Austausch von Gesundheitsdaten für Patienten europaweit möglich gemacht werden. „Der europäische Gesundheitsdatenraum nützt uns allen. Wir können im Ausland, wenn wir das wollen, unkompliziert unsere medizinischen Daten wie zum Beispiel Vorerkrankungen oder Allergien weitergeben, und diese werden auch mit Hilfe von künstlicher



Peter Liese im Austausch mit Prof. Dr. Veit Braun, Chefarzt Neurochirurgie am Jung-Stilling Krankenhaus in Siegen und Professor an der Lebenswissenschaftlichen Fakultät der Uni Siegen. Ärzte und Forscher aus der Region unterstützen das Vorhaben der EU zu einem gemeinsamen Gesundheitsdatenraum.

Intelligenz sofort übersetzt. Das wird viele Menschenleben retten, da die behandelnden Ärzte die Situation dann viel besser einschätzen können und Fehldiagnosen und Missverständnisse vermieden werden können“, so der Arzt und Europaabgeordnete.

Die Schaffung eines EU-Gesundheitsdatenraums ermöglicht durch die sogenannte Sekundärnutzung von Daten in pseudonymisierter Form – also ohne die Möglichkeit, sie einem speziellen Patienten zuzuordnen – Forscherinnen und Forschern die effektive Nutzung dieser Daten. „Auch für die medizinische Forschung ist es unverzichtbar, dass medizinische Daten nach einheitlichen Datenschutzkriterien in ganz Europa fließen können. Deswegen ist es sehr gut, dass das Parlament hier hart gekämpft hat und unnötige Hürden für Forscherinnen und Forscher aus dem Weg geräumt werden konnten“, erklärte Liese abschließend.

[\(Zurück zum Inhalt\)](#)

Durchbruch bei der Bekämpfung von Antibiotikaresistenzen

„Wir müssen unbedingt handeln, damit weniger Menschen an antibiotikaresistenten Keimen sterben. Es ist ein Skandal, dass 35.000 Menschen jährlich (Tendenz steigend) in der Europäischen Union sterben, weil Antibiotika ihre Wirkung verlieren“, dies erklärte Dr. Peter Liese anlässlich der jüngsten Abstimmung über das sogenannte Pharmapaket im Europäischen Parlament.

Prof. Dr. med. Volkhard Kempf von der Universitätsklinik Frankfurt schilderte in dramatischen Worten, wie es in seiner Klinik regelmäßig zu Todesfällen kommt, weil Menschen an Keimen leiden, gegen die kein Antibiotikum mehr wirkt: „Es handelt sich hier keineswegs um eine stille Pandemie. Das Problem der hochresistenten Erreger ist seit Jahren bekannt. Diese Erreger sind nicht wählerisch. Wir beobachten solche Infektionen in allen Altersgruppen und auch bei Personen, die keine Reisen in Länder mit hoher Prävalenz von Antibiotikaresistenzen unternommen haben. Die Chance an einer derartigen Infektion zu sterben ist sehr hoch, weil keines der gängigen Antibiotika wirkt.“

Das Parlament will nun mit zwei wichtigen Ideen dagegen vorgehen. Erstens, der Einsatz von Antibiotika soll strenger reguliert werden. In der Regel sollte vor der Verabreichung eines Antibiotikums eine Diagnostik erfolgen. Wenn dies nicht möglich ist, weil zum Beispiel ein Notfall vorliegt und die Diagnostik zu lange dauern würde, muss dies begründet werden. „Als ich 1991 meine Arbeit in der Kinderklinik Paderborn begonnen habe, hat mir der



Chefarzt schon klar gesagt, dass ein Einsatz von Antibiotika nur in Frage kommen sollte, wenn wir vorher eine Diagnostik durchgeführt haben. In vielen Praxen ist dies bis heute nicht der Fall. Mittlerweile gibt es auch durch die Unterstützung der Europäischen Union Schnelltests, die zumindest einen groben Hinweis geben. Diese Tests müssen stärker eingesetzt werden und vom Gesundheitssystem der Mitgliedstaaten auch finanziert werden“, so Liese.

Weiterhin soll jedem Antibiotikum eine Awareness-Karte beigelegt werden. Damit soll Patientinnen und Patienten klar und eindeutig signalisiert werden, dass sie die Antibiotika nur einnehmen dürfen, wenn sie ihnen persönlich verschrieben wurden und dass sie auch die vorgeschlagene Dauer der Therapie unbedingt einhalten müssen, um Resistenzbildung



zu vermeiden. Zudem soll europaweit festgeschrieben werden, dass Antibiotika in jedem Land verschreibungspflichtig sind. Dies war bisher nicht flächendeckend der Fall.

Ein zweiter wichtiger Punkt ist ein Anreizsystem, um neue Antibiotika auf den Markt zu bringen. „In den letzten Jahrzehnten gab es praktisch keine neuen Antibiotika. Dies liegt daran, dass aus gutem Grund neue Antibiotika sehr restriktiv eingesetzt werden. Sie gehören im Prinzip in den Panzerschrank. Wenn von einem Medikament allerdings nur wenige Verpackungen verkauft werden können, dann gibt es in der Regel keine Refinanzierung für die Kosten, die bis zu einer Milliarde Euro betragen können. Das Parlament unterstützt im Wesentlichen einen Vorschlag der Europäischen Kommission, der ein sogenanntes Gutschein- (Englisch: Voucher-)System vorsieht. Unternehmen, die ein neues Antibiotikum auf den Markt bringen, erhalten einen Gutschein, den sie auch an andere Firmen verkaufen können. Das heißt, das Antibiotikum wird zwar nur in kleiner Stückzahl verkauft, aber andere Medikamente, die in größerer Stückzahl verkauft werden können, erhalten dann, wenn die Firma diesen Gutschein verkauft, ein Jahr länger Marktexklusivität. Das heißt, Generika kommen entsprechend später auf den Markt“, erklärte Liese.

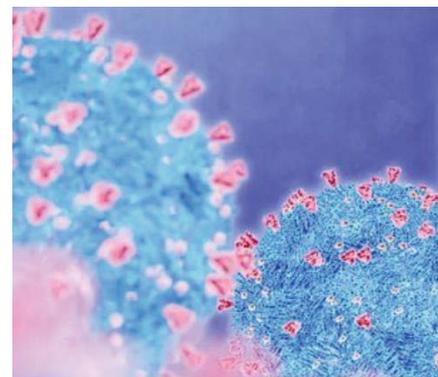
[\(Zurück zum Inhalt\)](#)

Diskussion um Aufarbeitung der Corona-Maßnahmen

Die Toten und Opfer von Long-Covid nicht vergessen, aber Regeln für Kinder und Jugendliche aus heutiger Sicht zu streng und andere Maßnahmen zu wenig konsequent

„Ich finde es sehr wichtig, dass bei der Diskussion um die Aufarbeitung der Corona-Pandemie die teilweise über tausend Menschen pro Tag, die ihr Leben verloren haben, und die vielen, die heute noch an Long-Covid leiden, nicht vergessen werden“, erklärte Dr. med. Peter Liese, angesichts der Diskussion der letzten Wochen in Deutschland.

„Es ist aus heutiger Sicht absolut richtig, wenn beklagt wird, dass die Einschränkungen für Kinder und Jugendliche zu drastisch waren und man die Schäden, die durch die Streichung des Präsenzunterrichts aufgetreten sind, nicht ausreichend im Blick hatte. In vielen anderen Ländern wurde dies besser gelöst. So hatte zum Beispiel Irland in der gesamten zweiten und dritten Welle Ende 2020 und Anfang 2021 durchgehenden Schulbetrieb für alle Schülerinnen und Schüler. Sie hatten allerdings auch organisatorische Maßnahmen getroffen, um das Infektionsrisiko zu reduzieren. Darunter beispielsweise die Anmietung größerer Räume und die Entzerrung des Unterrichtsbeginns, um die Überfüllung von Bussen zu vermeiden. Das Beispiel Irland zeigt aber auch, dass man das Infektionsrisiko durch andere Maßnahmen besser kontrollieren konnte, als das in Deutschland der Fall war. So gab es bereits sehr früh eine Pflicht zum Homeoffice für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, bei denen dies möglich ist. Das haben wir in Deutschland zu spät eingeführt. Auch war es aus meiner Sicht falsch, dass viele deutsche Bundesländer bei der Beschränkung und Kontrolle von privaten Feiern zu zögerlich waren. Aus guten Gründen war die Gastronomie für lange Zeit geschlossen, aber in diesem Zusammenhang war es eben





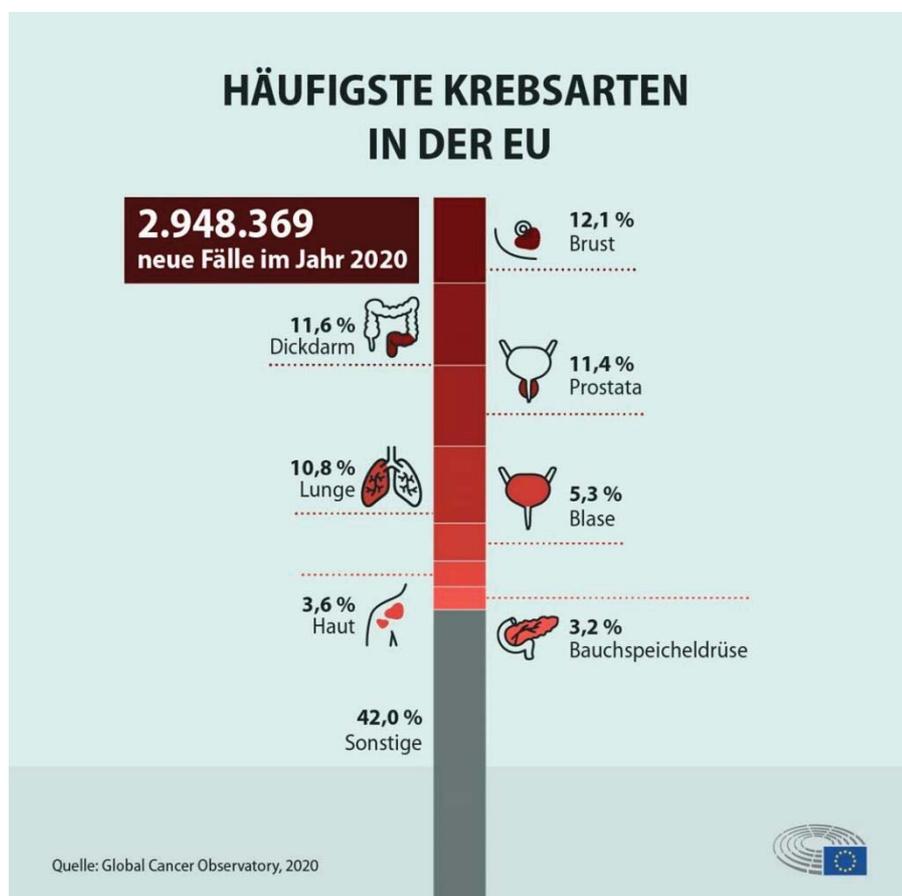
unverhältnismäßig, dass bei privaten Feiern kaum eingegriffen wurde. Diese Lehren aus der Pandemie sind für mich genauso wichtig wie die berechnete Aufarbeitung der sehr strengen Maßnahmen für Kinder und Jugendliche. Kurzgefasst: Bei Kindern und Jugendlichen waren wir zu streng - bei Maßnahmen, die Erwachsene betreffen, nicht streng genug, und das hat zu vielen Toten und Long-Covid-Fällen geführt.“

Liese betonte, dass das Europäische Parlament in einem eigenen Sonderausschuss vom März 2022 bis Juli 2023 die Pandemie und die entsprechenden Maßnahmen aufgearbeitet hat. Die Notwendigkeit, die Interessen von Kindern und Jugendlichen bei zukünftigen Pandemien besser zu berücksichtigen und die stärkere Erforschung von Long-Covid sowie Hilfen für die Betroffenen gehörten zu den wichtigsten Erkenntnissen.

[\(Zurück zum Inhalt\)](#)

Der Kampf gegen Krebs – In Europa und vor Ort

Der Kampf gegen Krebs liegt Dr. Peter Liese besonders am Herzen: „Das Thema Krebs bewegt jeden. Im Prinzip jeder Mensch hat Erfahrungen entweder selber oder bei Freunden, Verwandten, Familienangehörigen und weiß, wie schrecklich diese Krankheit ist. Bei mir selbst war es so, dass ein sehr guter Freund im Alter von nur 46 Jahren an Krebs gestorben ist. Ich bin deshalb in mich gegangen und habe überlegt, was kann ich tun, um anderen Familien dieses Schicksal zu ersparen. Und ich traf auf unseren Fraktionsvorsitzenden Manfred Weber und die Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, die beide in jungen Jahren ein Geschwisterkind an Krebs verloren haben. Auch sie haben sich gefragt, was müssen wir tun, um anderen dieses Schicksal zu ersparen? Der Dialog, den wir dann geführt haben mit vielen, vielen Experten, mit der Bundesärztekammer, mit Forscherinnen und Forschern, wie Frau Prof. Eggert, ergab ganz klar: Europa kann das Problem alleine nicht lösen, aber ohne Europa werden wir den Krebs nicht besiegen können. Wir haben nach vielen Gesprächen dann gemeinsam einen Aktionsplan Krebs ins Leben gerufen. Er enthält unter anderem die Zusage, dass bis 2025 4 Milliarden Euro für die Bekämpfung von Krebs aus EU-Mitteln investiert werden. Das Wichtigste ist dabei die EU Mission on Cancer, die den Kampf gegen Krebs in den Mittelpunkt der europäischen Forschungspolitik stellt. Dass europäische Forschungsförderung konkret Patientinnen und Patienten mit Krebs hilft, wurde durch viele





Projekte bewiesen. Ich nenne als Beispiel ein Test unter dem Namen MammaPrint, der von drei EU-Projekten in den letzten Jahren unterstützt wurde und jetzt zum Standard der medizinischen Diagnostik gehört. Der Test hilft, das Rückfallrisiko von Brustkrebs nach einer Operation zu bestimmen. Wenn man das Risiko kennt, kann man ganz gezielt für jede Frau einzeln personalisierte Therapieentscheidungen treffen. Das heißt, man bekommt die Therapie, wo man die größte Chance hat, zu überleben, mit den geringstmöglichen Nebenwirkungen.“, betonte Peter Liese anlässlich einer Fachveranstaltung in Wenden.

„Neben dem Geld geht es vor allen Dingen um gute Rahmenbedingungen. Für diejenigen, die den Krebs bekämpfen. Forscherinnen und Forscher, die neue Medikamente, neue Therapien entwickeln, brauchen unsere Unterstützung. Ich habe in dem Sonderausschuss Krebs, den wir vor einigen Jahren hatten, immer gesagt, wir müssen diesen Forscherinnen und Forschern Steine aus dem Weg nehmen und ihnen den roten Teppich ausrollen. Das betrifft zum Beispiel die Anreize für Arzneimittelfirmen, die neue Therapien entwickeln. Es muss sich für Pharmafirmen mehr lohnen, eine Therapie für eine Krebsart zu entwickeln, die wir bisher nicht oder nur sehr schlecht behandeln können, als den 38. Blutdrucksenker auf den Markt zu bringen. Und dies haben wir bei der Reform des europäischen Arzneimittelrechts kürzlich im Plenum des Europäischen Parlaments beherzigt. Forscherinnen und Forscher, die zum Beispiel Krebs bei Kindern oder andere bisher nicht gut behandelbare Erkrankungen bekämpfen, bekommen mehr Anreize. Das Konzept des sogenannten ungedeckten medizinischen Bedarfs (Unmet Medical Need) wurde in die europäische Gesetzgebung implementiert.“, erklärte er weiter.

Liese machte auch auf die Wichtigkeit der mRNA-Technologie für die Bekämpfung von Krebs aufmerksam: „Eine riesige Chance für die bessere Bekämpfung von Krebs bietet die mRNA-Technologie. Vorallem der Impfstoff von BioNTech hat uns aus der Pandemie herausgeführt. Die Europäische Union hat diese Technologie und auch die Firma BioNTech schon durch Forschungsförderung unterstützt, als wir alle nicht wussten, dass dieser schreckliche Virus auf uns zukommt. Sowohl BioNTech als auch CureVac und Moderna wurden eigentlich gegründet, um mit Hilfe von mRNA-Technologie den Krebs zu bekämpfen. Es gibt viel Polemik gegenüber diesen Firmen und auch Kritik an Ursula von der Leyen, dass sie während der Pandemie Kontakt mit den Unternehmen hatte, damit wir ausreichend Impfstoff bekommen, aber ich finde, wir brauchen diese Unternehmen, und wir müssen ihnen in Deutschland und Europa gute Rahmenbedingungen geben, auch damit wir Krebspatienten besser helfen können.



Veranstaltung zum Thema in Wenden

„Das war ein beeindruckender Abend“, war das einhellige Statement der Teilnehmerinnen und Teilnehmer einer hochkarätig besetzten Veranstaltung in Wenden. Dr. med. Peter Liese und der CDU-Gemeindeverband hatten eingeladen, um über das Thema Krebs zu diskutieren. Teilnehmer waren u. a. der Präsident der Bundesärztekammer, Dr. med. Klaus Reinhardt, die renommierte Krebsforscherin von der Charité in Berlin, Prof. Angelika Eggert, und der Leiter der Neurochirurgischen Klinik Ev. Jung-Stilling-Krankenhaus in Siegen, Prof. Dr. med. Veit Braun, aber auch Experten aus dem Kreis Olpe.



Foto Europabüro: v.l. Ulrike Kathriner, Stefan Spieren, Prof. Dr. med. Veit Braun, Dr. med. Peter Liese und Monika Leuenberg. Dr. med. Klaus Reinhardt und Prof. Angelika Eggert waren digital zugeschaltet.

Eine Aufnahme der Veranstaltung finden Sie auf YouTube unter <https://youtu.be/2CDPltNFcrc>

[\(Zurück zum Inhalt\)](#)

Bürokratie für unsere heimischen Unternehmen abbauen

Betriebsbesichtigungen in der Region

Besuch bei transfluid in Schmallenberg

Viele Regelungen aus der EU sind eine große Belastung für die Unternehmen. In vielen Fällen lässt sich der Sinn nur schwer erkennen. Das war das Hauptthema bei einem Gespräch von Peter Liese mit Verantwortlichen der Firma transfluid in Schmallenberg. Die Transfluid Maschinenbau GmbH stellt Maschinen zur Rohrbearbeitung her und unterliegt somit vielen EU-Gesetzen.

Liese, der von Schmallenberg Bürgermeister Burkhard König begleitet wurde, zeigte sich sehr interessiert an den Sorgen und Nöten der Verantwortlichen: „Deutschland steckt in einer schweren Wirtschaftskrise. Das liegt vor allem an den Regelungen, die



Die EU nervt manchmal und muss besser werden, aber ein Zerfall wäre eine Katastrophe, darin sind sich der Geschäftsführer der transfluid Maschinenbau GmbH, Benedikt Hümmler, Dr. Peter Liese MdEP und der Schmallenberger Bürgermeister Burkhard König einig.



aus Berlin kommen, denn andere EU-Länder haben noch Wirtschaftswachstum. Aber auch in Brüssel muss sich vieles ändern. Seit dem Weggang des sozialdemokratischen Vizepräsidenten Frans Timmermans hat Ursula von der Leyen umgesteuert.“

Eindeutig klar ist aber für die Vertreter von transfluid und beteiligten Politiker: Ein DEXIT oder Parolen wie „Die EU muss sterben.“, wie sie von manchen Parteien im Moment verbreitet werden, würde der Wirtschaft in unserer Region, die u.a. von offenen Grenzen abhängig ist, enormen Schaden zufügen. „Die AfD tritt für das exakte Gegenteil an und will Europa zerstören. Wer AfD wählt, wählt somit Arbeitslosigkeit“, bekräftigt Liese.

EU-Chemikaliengesetz praxistauglich umsetzen – Besuch bei Kröna Coatings

Bei einem Besuch von Dr. Peter Liese bei der Firma Kröna Coatings GmbH in Kreuztal im Kreis Siegen-Wittgenstein ging es vor allem um das Thema Bürokratieabbau. „Viele Unternehmen klagen zurecht über die Menge an Bürokratie, die sie heute schon enorm belastet. Gerade auch mit Blick auf pragmatischen Klima- und Umweltschutz müssen wir dafür sorgen, dass Unternehmen nicht mit unnötigem Papierkram überfrachtet werden, sondern sich auf das wirklich wichtige konzentrieren können. Das ist nicht nur gut für die Arbeitsplätze, sondern gibt auch Raum für Innovation. Wenn Politiker allgemein versprechen, Bürokratie abzubauen, dann ist das eine einfache Aussage, aber wirkungslos. Deswegen bin ich dankbar, dass wir diskutieren konnten, wo der Schuh genau drückt“, erklärte Peter Liese.



Neben Dr. Peter Liese und Betriebsinhaber Ditmar Krömpel nahmen auch Marion Kleis (CDU-Stadtverbandsvorsitzende Kreuztal), Anke Fuchs-Dreisbach (CDU Landtagsabgeordnete NRW), Benedikt Bündenbender (Kreisvorsitzender der CDU Siegen-Wittgenstein) und Astrid Collenberg (2. stellv. Bürgermeisterin der Stadt

Die Kröna Coatings GmbH stellt Lacke, Grundierungen und Korrosionsschutz her und ist Mitglied im Verband der deutschen Lack- und Druckfarbenindustrie. Im Gespräch mit dem Betriebsinhaber Ditmar Krömpel und Vertretern der CDU aus Kreuztal war daher auch die Ausgestaltung der zukünftigen EU-Chemikaliengesetzgebung relevant. „Auch die EU-Chemikaliengesetzgebung ist mit viel Bürokratie verbunden. Hier haben wir aber einen ersten Erfolg erzielt. Die Lack- und Farbenindustrie war völlig zurecht wegen eines Vorschlags zur Verschärfung des Chemikalienrechts besorgt. Dieser Vorschlag wurde von Ursula von der Leyen auf Druck von Friedrich Merz, vielen anderen und auch meiner Wenigkeit vom Tisch genommen. Jetzt geht es darum, das Chemikalienrecht, welches jetzt schon sehr streng ist und sehr komplexe und vielschrittige Zulassungsverfahren vorgibt, zu entrümpeln und mit weniger Bürokratie das gleiche Niveau an Schutz von Menschen und Umwelt zu erreichen“, betonte Liese.



Regionale Herausforderungen durch das Lieferkettengesetz – Besuch bei der Wilhelm Rutenbeck GmbH & Co. KG

Gemeinsam mit Florian Müller besuchte Peter Liese den Familienbetrieb Rutenbeck in Schalksmühle. Die GmbH & Co. KG hat sich auf Datennetzwerktechnik spezialisiert und ist ein sehr renommiertes Unternehmen in der Region. Der Geschäftsführer Harald Rutenbeck kam mit den beiden Politikern im Rahmen des Besuchs über aktuelle Probleme und Herausforderungen in der deutschen Wirtschaft ins Gespräch.

Thema war dabei u.a. die schwierige Umsetzbarkeit mancher EU-Richtlinien und EU-Gesetze für den Mittelstand. Ein Beispiel dafür ist das EU-Lieferkettengesetz, das Auflagen und Pflichten beinhaltet, die den Unternehmensalltag häufig vor Herausforderungen stellen.

Peter Liese betonte diesbezüglich, dass es folglich relevant sei, dass die EU bürokratische Hürden abbaut und nur dann Regeln aufstellt, wenn es wirklich notwendig und sinnvoll ist. Häufig berücksichtige die Kommission bei der Gesetzgebung nur große Unternehmen und strapaziere dabei den Mittelstand mit unnötigen Regulierungen.

Quelle: <https://lokaldirekt.de/news/florian-mueller-und-peter-liese-besuchen-rutenbeck>

(Zurück zum Inhalt)

Sicherheit vor Ort, auch mithilfe der EU Herbert Reul und Peter Liese in Schmallenberg

„Wir müssen den Polizisten, die jeden Tag den Kopf für unsere Sicherheit hinhalten, den Rücken stärken“, dies war der Tenor einer Veranstaltung, die der CDU-Stadtverband Schmallenberg, der Kreisverband der CDU-Hochsauerland und Peter Liese unter der Überschrift „Sicherheit in NRW und Europa“ durchgeführt haben.

Peter Liese bekräftigte, dass Verbrechensbekämpfung nicht an der Grenze Halt machen darf, wenn Verbrecher grenzüberschreitend tätig sind. Deswegen unterstützen er und seine Fraktion die europäische Polizeibehörde Europol, im Gegensatz zu Linken und Grünen, die mehr Rechte für die Polizei ablehnen und der AfD und ihrer Verbündeten, die glauben, dass Sicherheit allein eine nationale Aufgabe sei.

Liese bezeichnete den NRW-Innenminister Herbert Reul als den



v.l. Herbert Reul (NRW-Innenminister), Andreas Schulte (CDU-Stadtverbandsvorsitzender) und Dr. Peter Liese MdEP



kompetentesten und anerkanntesten Innenminister in ganz Deutschland. „Viele beneiden uns um Dich, lieber Herbert“. Herbert Reul legte in einer ernsten und doch unterhaltsamen Rede dar, wie er die Clankriminalität ins Visier genommen hat und sagte: „Viele kleine Schritte sind wichtiger als große Ankündigungen“. Er betonte auch, dass er gegen Sonderregelungen bei Angriffen auf Politikerinnen und Politiker sei. Polizisten, Feuerwehrleute und andere verdienen denselben Schutz, wir müssen insgesamt in unserer Gesellschaft sensibler werden und Respekt auch gegenüber Andersdenkenden ausüben.

[\(Zurück zum Inhalt\)](#)

Mehr Unterstützung und weniger Gängelung für Waldbauern gefordert

CDU Burbach und Dr. Peter Liese bringen Experten zusammen

„Unser Wald ist ein großer Schatz“, mit diesen Worten eröffnete Peter Liese seine Rede bei einer Fachveranstaltung in Burbach. Die Experten waren neben Peter Liese, Norbert Lins, MdEP (Vorsitzender des Agrarrauschusses), Prof. Dr. Andreas Bitter (Präsident des Verbands der privaten Waldbesitzer) sowie Christoph Ewers, (Bürgermeister in Burbach und Vizepräsident des deutschen Forstwirtschaftsrats). Wichtigstes Ergebnis: Die Waldbesitzer wünschen sich mehr Unterstützung aus Brüssel und weniger Gängelung, dies machte besonders Prof. Dr. Bitter deutlich.



Peter Liese und Norbert Lins erläuterten, dass viele Gesetze die Waldbauern zurecht stören, diese aber durch eine Mehrheit aus Sozialdemokraten, Liberalen, Grünen und Linken zustande gekommen sind. „Wir müssen unbedingt dafür sorgen, dass diese linke Europa-Ampel nach der Wahl keine Mehrheit mehr hat“, so Liese. Dann gäbe es die Möglichkeit, zum Beispiel die Verordnung über entwaldungsfreie Lieferketten, die deutsche Waldbauern völlig überflüssigerweise belastet, da es in Deutschland keine Abholzung wie in Brasilien gibt, wieder rückgängig zu machen.



Als Arzt betonte Liese auch die Erholungsfunktion des Waldes. Er erklärte aber ebenso, dass die Produktion von Holz und damit auch die Speicherung von CO2 extrem wichtig seien. „Vor allem müssen wir uns immer bewusst machen, dass der Wald jemandem gehört und dass die Bewirtschaftung und Wiederaufforstung sich nicht automatisch rechnet“, erklärte Liese. Finanzielle Unterstützung durch Förderprogramme ist daher unabdingbar. Deutschland ist ein walddreiches Land, das dies so bleiben soll, wünschen sich alle Beteiligten.

[Video](#) zur Veranstaltung auf YouTube.

[\(Zurück zum Inhalt\)](#)

EU-Fördermittel gut investiert Zu Besuch auf Hof Belke

Seit dem 1. April 2024 darf sich der Hof Belke in Milstenau offiziell BNE-Regionalzentrum für den Kreis Olpe nennen. Zu diesem Anlass fand Anfang Mai eine Auftaktveranstaltung statt. BNE, das bedeutet Bildung für nachhaltige Entwicklung. Auf dem Hof Belke ist der Name Programm! Belke bietet seit über 20 Jahren pädagogische Programme und Projekte für alle an, die sich für Natur, Tiere und das Landleben begeistern. Als außerschulischer Lernort stellt der Hof Schülerinnen und Schülern aus dem Stadtgebiet Attendorn und der Umgebung ein umfangreiches Angebot rund um das Thema Nachhaltigkeit zur Verfügung. Auch für Kindergärten, offene Ganztagschulen, Jugendhilfeträger und Seniorenheime gibt es ein abwechslungsreiches Programm.



Aktuell planen Schülerinnen und Schüler der zweiten Klassen im Zuge ihres Bauernhofjahrs Projekte, um ihren Alltag nachhaltiger zu gestalten und ihre guten Ideen an die Erwachsenen weiterzugeben. Sie schöpfen zum Beispiel Karten aus Altpapier und versehen sie mit Samen, um Müll zu recyceln und gleichzeitig Saatgut zu verteilen. Vorbildlich!
„Ich freue mich, dass dieser Ort unter anderem mit EU-Geldern gefördert wurde!“, erklärte Peter Liese anlässlich seines Besuchs.

[\(Zurück zum Inhalt\)](#)



Europa muss unsere Freiheit und den Frieden sichern Spannende Diskussionen mit Schülerinnen und Schülern

Besuch am Berufskolleg in Iserlohn

„Diskussionen mit Schülerinnen und Schülern sind für mich ein ganz wichtiger Teil meiner Arbeit. Es macht Spaß, mit jungen Leuten, die noch neugierig sind, zu diskutieren. Da man im Zuge der Europawahl am 9. Juni ab 16 wählen kann, ist es sehr wichtig, die Wünsche der jungen Generation noch besser aufzunehmen. Deshalb bin ich im Moment sehr viel in Schulen. Besonders Spaß macht es mir, mit jungen Auszubildenden zu diskutieren. Der Mensch fängt nicht beim Abitur an. Danke an Michael Boeck und die Europa Union NRW für die Organisation und danke an die Schülerinnen und Schüler für die lebhafteste Diskussion am Berufskolleg in Iserlohn“, betonte Peter Liese.



Sehr lebhafteste Diskussion mit Schülerinnen und Schülern am Gymnasium in Olpe

Ein wichtiges Thema war, wie Europa auf die Bedrohung durch Russland und die Gefahr, dass die USA und der Präsident Trump unsere Sicherheit nicht mehr garantieren, reagieren kann. Peter Liese erklärte: „Ich meine, dass wir mehr in unsere Verteidigung investieren müssen. Vor allem aber sollten wir in Europa mehr zusammenarbeiten, um für das gleiche Geld mehr Sicherheit zu bekommen. Wenn jedes Land sein eigenes Waffensystem hat, kostet es viel und bringt auch Probleme im Ernstfall. Wir brauchen einen EU-Kommissar für Verteidigung, der sich





um das Thema kümmert und langfristig eine europäische Armee. Ich fand es sehr erfrischend, dass sich die Schülerinnen und Schüler zu diesem wichtigen Thema Gedanken gemacht haben. Es geht schließlich um unsere gemeinsame Zukunft.“

Kennenlernen von Europakandidaten verschiedener Parteien an der Gesamtschule in Kierspe

Wofür steht eigentlich das „C“ in CDU? Diese und viele weitere clevere Fragen konnten Gesamtschüler aus Kierspe Dr. Peter Liese vor Kurzem stellen. „Ich finde, es ist eine super Idee, einen Raum zu schaffen, in dem sich Politiker und Schüler begegnen können, um Vorurteile aus dem Weg zu räumen. Danke für die Einladung, ich komme gerne wieder!“, war Lieses Resümee nach dem Besuch.



„In den letzten Wochen konnte ich wirklich tolle Diskussionen mit Schülerinnen und Schülern führen. Ich freue mich, wie interessiert und engagiert junge Menschen in unserer Region, Zukunft unserer Europäischen Union gestalten wollen“, erklärte Peter Liese nach dem Besuch einer Vielzahl von Schulen, unter anderem der Gesamtschule in Kreuztal (links), dem Berufskolleg Olpe (unten), und der Marienschule in Lippstadt (oben).





Rede von Yulia Navalnaya Bewegende Worte im Plenum



© EPP Group 2024

Bewegende Worte von Yulia Navalnaya im Europäischen Parlament in Straßburg. Die Witwe des ermordeten Kreml-Kritikers Alexej Nawalny fand aber auch kämpferische Worte. Sie will das Vermächtnis ihres Mannes weiterführen. Alexej Nawalyns Tod ist nicht nur ein immenser Verlust für seine Frau, sondern auch für uns Europäer. Auch mit dem Krieg auf die Ukraine greift Putin nicht nur Unschuldige an, sondern auch unsere Werte.

[\(Zurück zum Inhalt\)](#)

Kongress der KlimaUnion in Essen

Die Bundestagung der Klima Union, der sogenannte KÜngress, fand in Essen statt.

Peter Liese kommentierte: „Viele Jahre war Klimapolitik für die meisten in der CDU leider nicht wichtig. Das hat sich in den letzten Jahren dramatisch geändert und die Klima Union hat daran einen sehr großen Anteil.



Vielen Dank für Ihr und euer Engagement. In meinem Statement habe ich deutlich gemacht:

1. Deutschland befindet sich in einer Rezession. Deswegen müssen wir im Bund und in Europa stärker darauf achten, dass die Wirtschaft Rückenwind und keinen Gegenwind bekommt.
2. Das darf nicht auf Kosten des Klimaschutzes gehen, da wir eine riesige Verantwortung für unsere Kinder und Enkelkinder haben.
3. Richtig gemachter Klimaschutz ist kein Gegensatz zu wirtschaftlichem Wachstum!“

[\(Zurück zum Inhalt\)](#)



Welt-Down-Syndrom-Tag



Peter Liese erklärte anlässlich des Welt-Down-Syndrom-Tags: „Menschen mit Down-Syndrom liegen mir seit meiner Doktorarbeit und meiner Arbeit in der Kinderklinik Paderborn besonders am Herzen. Sie sind liebenswert und inspirierend, aber sie brauchen unsere Unterstützung und den Abbau von Hindernissen. Wir sollten uns immer daran erinnern: Menschen mit Down-Syndrom sind nicht behindert, sondern sie werden behindert!“

[\(Zurück zum Inhalt\)](#)

Wirtschaftskrise, Entbürokratisierung und Klimaschutz

Was ist zu tun?

„Südwestfalen ist die starke Industrieregion in NRW. Hier wird hart gearbeitet, produziert und Wohlstand erwirtschaftet. Unsere Wirtschaft steckt aber in der Krise. An vielen Stellen gibt es Kurzarbeit und viele Menschen sorgen sich zurecht um ihren hart erarbeiteten Wohlstand. Während wir in Deutschland in einer Rezession stecken, wächst die Wirtschaft in anderen Ländern der EU jedoch. Ein klares Indiz für eine verfehlte Wirtschaftspolitik der Ampel in Berlin. Aber auch in Brüssel müssen wir darauf achten, dass wir unseren Unternehmen von europäischer Ebene aus Rückenwind und keinen Gegenwind geben. Wie wir diese Herausforderungen meistern, Wirtschaftswachstum und Klimaschutz aber weiter zusammendenken und Lösungen für eine Entbürokratisierung finden, habe ich in den vergangenen Wochen bei vielen Veranstaltungen diskutiert.“, betonte Peter Liese.





Wirtschaftskrise in Deutschland und konkrete Entbürokratisierung: Was ist in Berlin und Brüssel zu tun? – Veranstaltung in Marsberg

Zusammen mit dem industriepolitischen Sprecher der EVP Dr. Christian Ehler, MdEP, Jörg Minnerup von der Trilux GmbH und Andreas Geise von der Geise Elektrotechnik GmbH diskutierte Peter Liese über aktuelle Probleme und Lösungsmöglichkeiten zur Transformation der Industrie, Förderung von Innovation und dem dringend notwendigen Bürokratieabbau.

Hier finden Sie die entsprechende Veranstaltung:

https://www.youtube.com/watch?v=9pBM-z_urzo

Weitere Veranstaltungen zu dem Thema:

- Erwitte, "Handwerk mit Zukunft", 21.05.:
<https://www.youtube.com/watch?v=PD7BRpKuizQ>
- Meschede, "Vorfahrt für Wirtschaft und Klimaschutz", 10.05.:
<https://www.youtube.com/watch?v=PKeBQpVjabQ>
- Menden, "Wirtschaftskrise in Deutschland", 04.04.:
<https://www.youtube.com/watch?v=HJ3FhcNx4T0>

[\(Zurück zum Inhalt\)](#)